

Niederschrift

StUK/031/2024

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für
Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz der Stadt Rheine
am 09.10.2024

Die heutige Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Mitglieder:

Herr Dominik Bems	SPD	Ratsmitglied
Herr Matthias Berlekamp	CDU	Sachkundiger Bürger
Herr Volker Brauer	SPD	Ratsmitglied/1. Stellv. Vorsitzender
Herr Markus Doerenkamp	CDU	Ratsmitglied
Frau Silke Friedrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Jürgen Gude	CDU	Ratsmitglied/2. Stellv. Vorsitzender
Herr Christian Heckhuis	CDU	Sachkundiger Bürger
Frau Dr. Angelika Kordfelder	SPD	Sachkundige Bürgerin
Herr Günter Maaß	CDU	Ratsmitglied
Herr Rainer Ortel	UWG	Ratsmitglied
Herr Tobias Rennemeier	CDU	Ratsmitglied
Frau Elke Rochus-Bolte	SPD	Ratsmitglied
Herr Holger Wortmann	CDU	Ratsmitglied

beratende Sachkundige Einwohner:

Herr Robert Winnemöller	CDU	Sachkundiger Einwohner f. Seniorenbeirat
-------------------------	-----	--

Vertreter:

Herr Lothar Haring	CDU	Vertretung für Herrn Andree Hachmann
Herr Stephan Huesmann	FDP	Vertretung für Herrn Jörg

Herr Christian Jansen	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Niehoff Vertretung für Herrn Reinhard Hundrup
Herr Sebastian Köhler	BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN	Vertretung für Herrn Marius Himmler

Verwaltung:

Herr Raimund Gausmann		Beigeordneter
Frau Elke Jaske		Fachbereichsleiterin Planen und Bauen
Herr Matthias van Wüllen		Produktverantwortlicher Stadtplanung
Frau Nena Sohr		Produktverantwortliche Klimaschutz
Herr Pablo Vaßholz		Schriftführer

Entschuldigt fehlen:

Vorsitzender:

Herr Andree Hachmann	CDU	Ratsmitglied/Vorsitzender
----------------------	-----	---------------------------

Mitglieder:

Herr José Azevedo	CDU	Ratsmitglied
Herr Marius Himmler	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Reinhard Hundrup	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Sachkundiger Bürger
Herr Heinz-Jürgen Jansen	DIE LINKE	Ratsmitglied
Herr Jörg Niehoff	FDP	Ratsmitglied
Herr Heinz-Jürgen Wisselmann	BfR	Sachkundiger Bürger

beratende Sachkundige Einwohner:

Herr Tobias Frönd		Sachkundiger Einwohner f. Beirat für Menschen mit Behinderung
Herr Kamal Kassem		Sachkundiger Einwohner f. Integrationsrat

Herr Brauer eröffnet die heutige Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz der Stadt Rheine.

Frau Friedrich bittet darum, dass über den TOP 4 „Antrag Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 07.06.2024 zu Pachtverträgen für Ackerflächen und Wiesen der historischen Kulturlandschaft Bentlage“ zwar beraten, aber nicht abgestimmt wird.

Weitere Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 30 über die öffentliche Sitzung am 11.09.2024

Frau Friedrich merkt an, dass Sie im Rahmen des ECA nachgefragt hatte, wie demnächst das Monitoring im Klimaschutz ablaufen solle. Ihre Frage und die dazugehörige Antwort seien nicht in der Niederschrift enthalten. Sie bittet darum, dies nachträglich noch hinzuzufügen.

Die Niederschrift Nr. 30 über die öffentliche Sitzung am 11.09.2024 wird unter TOP 5: Zertifizierung „European Climate Award“ wie folgt ergänzt:

„Frau Friedrich zeigt Verständnis dafür, dass nicht gleich mehrere Systeme für das Monitoring verwendet würden. Strategisch müsse es allerdings ein festgelegtes Indikatorensystem geben, das Aufschluss darüber gebe, wo die Stadt in bestimmten Teilbereichen des Umwelt- und Klimaschutzes stehe und was sie sich in bestimmten Zeiträumen für Ziele setze. Sie fragt, wie die Verwaltung das in Zukunft angehen werde, um auch weiterhin Rechenschaft ablegen zu können.“

Frau Jaske bestätigt, dass das Controlling gerade in diesem Themenfeld von hoher Bedeutung sei. Für den Bereich Klimafolgenanpassung würden die Kolleginnen momentan an einem Konzept arbeiten. Aufgrund der Komplexität habe man für den Klimaschutz ein externes Programm in Anspruch nehmen wollen. Aufgrund der hohen Kosten von rund 20.000 Euro jährlich habe die Stadt davon Abstand nehmen müssen. Die Aufgabe, die Daten hierfür in ein Tool einzuarbeiten und aufzubereiten, komme also jetzt auf ihre Mitarbeiterinnen zu. Der ECA werde nun nicht mehr als zusätzliches Monitoring-Instrument verwendet“.

Weitere Änderungs- oder Ergänzungswünsche werden nicht vorgetragen. Die Niederschrift ist somit, inklusive der Ergänzung, genehmigt.

2. Informationen der Verwaltung

2.1. Informationen der Verwaltung zur Stadtentwicklung

Herr Gausmann verweist auf die vorab hochgeladenen Informationen zur Dorfentwicklung und zum ISEK Schotthock.

2.2. Informationen der Verwaltung zur Umwelt und zum Klimaschutz

Herr Gausmann informiert über die Problematik am Sternbusch in Bentlage. Die hochgeladenen Informationen würden eine detaillierte Auflistung beinhalten, die die Problematik, die Möglichkeiten und auch die Grenzen an den einzelnen Stellen aufzeigen. Die Verwaltung könne in ihrer

eigenen Zuständigkeit nicht die gesamte Trockenlegung abbilden. Er sehe hier letztendlich eine politische Diskussion, in der zwischen dem Naturschutz und dem Bewahren der Kulturlandschaft Bentlage abgewogen werden müsse. Der Sternbusch habe hier immer eine ganz besondere Bedeutung gehabt. Wenn es um die Pflegeplanung in Bentlage gehe, müsse grundsätzlich nochmal über den Umgang mit diesem Bereich diskutiert werden. Alle möglichen Sofortmaßnahmen setze die Stadt zeitnah um.

Frau Friedrich spricht ihre Verwunderung darüber aus, dass die Befassung mit der Kulturlandschaft in der Planung frühestens für 2026 angesetzt sei. Die Lösung dieses Problems sei von Frau Schauer bereits zugesagt worden. Zudem sei in einem großen Beteiligungsverfahren schon ein Pflege- und Entwicklungsplan erstellt worden. Sie sehe die Gefahr, dass weiteres Abwarten zu einer Verschlimmerung der Lage führe. Sie bittet die Verwaltung deshalb darum, sicherzustellen, dass die Sofortmaßnahmen ausreichen, um zumindest den aktuellen Zustand zu erhalten. Ansonsten seien zukünftige Diskussionen über den Sternbusch hinfällig.

3. Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Fragen aus der Einwohnerschaft vor.

4. Antrag Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 07.06.2024 zu Pachtverträgen für Ackerflächen und Wiesen der historischen Kulturlandschaft Bentlage Vorlage: 347/24

Frau Friedrich stellt den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN vor. Sie nimmt Stellung zum Beschlussvorschlag der Verwaltung und der dazugehörigen Begründung. Verschiedene Punkte könne sie nicht nachvollziehen. Die Verwaltung spreche von einer Ad-hoc-Umsetzung. Auch hier verweist sie auf den Pflege- und Entwicklungsplan von 2005, der diese Maßnahme bereits vorgesehen habe. Es wirke so, als ob die Verwaltung die eigentliche Problematik gar nicht thematisiere. Bereits in 2023 habe es die Aussage von Herrn Krümpel gegeben, dass die Fläche aufgrund der Beziehungen zu den Landwirten nicht extensiviert werde. Die von der Verwaltung angebrachten Gründe halte man teilweise nicht nur für vorgeschoben, sondern sogar für falsch.

Das wichtigste Argument der Verwaltung sei die angebliche Wertminderung der Flächen um 500.000 Euro. Auch das könne ihre Fraktion nicht nachvollziehen. Sie glaube, dass zwischen Bewirtschaftungs- und Flächenaufträgen bei der Anfrage an die Landwirtschaftskammer nicht unterschieden worden sei. Die Fachleute, die ihre Fraktion zu Rate gezogen habe, hätten die Aussage getätigt, dass die Anpassung der Pachtverträge nicht zu einer Wertminderung führe. Daher bittet sie um die schriftliche Vorlage der Anfrage der Verwaltung und der Antwort der Landwirtschaftskammer. Erst dann könne eine vernünftige Diskussion geführt werden. Lediglich diesen fiskalischen Wert zu betrachten, erachte sie ebenfalls als schwierig. Denn auch die biologische Vielfalt habe einen gewissen Wert, der nicht außer Acht gelassen werden dürfe. Die Verwaltung führe außerdem an, dass kein Markt für extensives Ackerland bestehe und die Wertschöpfung auf diesen Flächen sinke. Auch das sei grundsätzlich nicht richtig. Die Verwaltung agiere weiterhin so, als ob sie die gesamten Flächen in Bentlage nur als Tauschflächen zur Umsetzung anderer Baumaßnahmen sehe. Das könne nicht die richtige Sichtweise sein.

Herr Gausmann verweist auf die Vorlage und die darin dargelegte Argumentation. Der Bitte von Frau Friedrich werde man nachkommen. Er glaube, dass sich dadurch die Widersprüche lösen würden und man danach wieder zielführend diskutieren könne.

Herr Bems erklärt, dass die SPD den Antrag der GRÜNEN unterstütze. Ihn interessiere, welche Bedeutung eine Extensivierung im Hinblick auf die Verwendung als Tauschfläche hätte. Vielleicht könne diese Thematik bis zur Abstimmung über den Antrag in einer zukünftigen Sitzung aufgearbeitet werden.

Herr Ortel erklärt, dass er dem Antrag der GRÜNEN viel abgewinnen könne und zustimmen werde.

Die Abstimmung über den Antrag wird, wie von Frau Friedrich vor der Sitzung gewünscht und im Einvernehmen mit dem Rest des Ausschusses, vertagt.

5. Sachstand Masterplan 100% Klimaschutz

Vorlage: 350/24

Herr Gausmann verweist auf die Vorlage.

Herr Bems fragt, wie viel vom Budget des ProKlima Fonds schon abgerufen worden sei. Er merkt an, dass man über die Internetseite der Stadt Rheine die Seite des Fonds nicht so leicht finde. Vielleicht könne man das besser lösen, damit die Bürger noch eher darauf stoßen. Zudem bedankt er sich für die Errichtung der vielen Ladesäulen für E-Autos. Dort sei man mittlerweile auf einem guten Weg.

Frau Sohr berichtet, dass bislang etwas über 10.000 Euro aus dem Programm abgerufen worden seien.

Frau Friedrich bittet darum, dass die Verwaltung dem Ausschuss hier einen Gesamtüberblick, wie auch schon beim Masterplan Grün, zur Verfügung stelle. Sie merkt an, dass bei der energetischen Sanierung und Optimierung der städtischen Gebäude eine Personalstelle zur Erstellung und Umsetzung von Maßnahmen-Fahrplänen im Gebäudebestand enthalten sei. Ihres Wissens nach habe man diese Aufgabe extern vergeben wollen. Zudem bittet sie um eine strikte Unterteilung der Ausgaben für den Klimaschutz und für die Klimafolgenanpassung.

Frau Jaske erläutert, dass für die Stelle im Bereich der energetischen Sanierung momentan Vorstellungsgespräche laufen würden. Eine externe Vergabe sei hier nicht geplant. Grundsätzlich laufe es so ab, dass die Verwaltung den Energiebericht als Basis nutze, um herauszufiltern, welche Gebäude einen besonders hohen Sanierungsbedarf hätten. Die Auswahl der Gebäude treffe man verwaltungsintern.

Herr Jansen bittet darum, dass weiter für die Fördermöglichkeit von Balkonkraftwerken geworben werde. Besonders durch das Solarpaket 1 gebe es für Personen mit geringerem Einkommen eine gute Möglichkeit, aktiv zur Klimawende beizutragen. Die Grundversorgung einer kleineren Wohnung könne damit schon fast abgedeckt werden.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz beauftragt die Verwaltung mit der Fortführung der Umsetzung des Aktivitätenprogramms „Masterplan 100 % Klimaschutz“.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

6. Umsetzung Masterplan Grün 2024 **Vorlage: 352/24**

Frau Jaske stellt die in der Vorlage aufgeführten Maßnahmen „Alter Friedhof“ und „Aufwertung des Geländes der einstigen Synagogengemeinde Ecke Salzbergener Straße / Neuenkirchener Straße“ vor. Zudem teilt sie mit, dass die Planung an der Verdistrasse noch nicht so weit sei und zunächst in der Zuständigkeit der TBR liege, da man es mit einem Regenrückhaltebecken zu tun habe. Die anschließende Grünplanung übernehme die Stadt dann wieder. Es gebe trotzdem bereits jetzt einen engen Austausch untereinander

Herr Winnemöller spricht an, dass der Verbindungsweg zwischen dem alten Friedhof und den Kleingärten durch Wurzelauswuchs sehr stark beschädigt sei. Dadurch entstehe für alle Verkehrsteilnehmer eine große Gefahr. Dieser Weg müsse dringend saniert werden.

Frau Friedrich erklärt stellvertretend für die GRÜNEN, dass der Masterplan Grün dringend überarbeitet und erweitert werden müsse. Ältere Maßnahmen immer wieder in der Übersicht zu sehen, halte sie für überflüssig. Der Fokus solle auf den aktuellen und zukünftigen Maßnahmen liegen. Die Beleuchtung am Friedhof und das Abschneiden des Efeus aus Bäumen halte sie aus Sicht des Naturschutzes für problematisch. Bei der Umgestaltung des Friedhofes solle beachtet werden, dass im Nachhinein möglichst wenig Pflegebedarf entstehe. Mit Sträuchern, Stauden und Blühwiesen zu arbeiten, sei langfristig zu aufwendig.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz beschließt die Umsetzung der Planungen zu den Maßnahmen „Alter Friedhof“ und „Aufwertung des Geländes der einstigen Synagogengemeinde Ecke Salzbergener Straße / Neuenkirchener Straße“ (siehe Anlage 1).

Abstimmungsergebnis: einstimmig

7. Richtlinien Verfügungsfonds ISEK Schotthock **Vorlage: 348/24**

Herr Gausmann stellt die Vorlage vor.

Herr Doerenkamp führt an, dass die Jugend bzw. die jungen Erwachsenen hier nicht genug eingebunden seien. Er schlägt vor, das lokale Gremium um einen Jugendlichen zu ergänzen.

Herr Winnemöller bedankt sich dafür, dass sein Vorschlag, ein solches Gremium zu bilden, Gehör gefunden habe. Ihn würde es freuen, wenn der Seniorenbeirat, trotz Einbindung der Jugend, weiter mitarbeiten dürfe.

Herr Bems regt an, die Antragsformulare auch digital ausfüllbar zur Verfügung zu stellen. Dies wird seitens der Verwaltung zugesagt.

Nach verschiedenen Vorschlägen zur Zusammensetzung des Gremiums, einigt sich der Ausschuss darauf, dass das Gremium, wie in der Begründung der Vorlage, bestehen bleiben solle und um einen Jugendlichen, sowie eine von dem Jugendlichen ausgewählte Person, ergänzt werde. Unter Einbezug dieser Anpassung zur Begründung wird über die Beschlussvorschläge abgestimmt.

Beschlüsse:

1. Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz beschließt, im Rahmen der Umsetzung des ISEK Schotthock, die Richtlinie des Verfügungsfonds zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts (Ziffer 17 FRL 2008 und Ziffer 10.2.1 FRL 2023) und nimmt die Anlagen der Richtlinie zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

2. Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz beschließt, im Rahmen der Umsetzung des ISEK Schotthock, die Richtlinie des Verfügungsfonds zur Entwicklung von Ortsteilzentren (Ziffer 14 FRL 2008 und Ziffer 10.2.2 FRL 2023) und nimmt die Anlagen der Richtlinie zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

8. Bebauungsplan Nr.108, Kennwort: "Im Lied Süd - Teil C", der Stadt Rheine

- I. **Aufstellungsbeschluss**
 - II. **Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit**
- Vorlage: 335/24**

Herr van Wüllen stellt die Vorlage vor. Mit einem grundlegenden Konzept und der Lösung der Schallproblematik sei man mittlerweile so weit vorangeschritten, dass Wohnbebauung grundsätzlich möglich sei. Die umliegenden Flächen aus den ersten beiden Bauabschnitten seien derweil größtenteils bebaut bzw. im Falle der MFH-Grundstücke noch in der Vermarktung. Auch bei der Planung Im Lied C werde darauf geachtet, dass die Bebauung mit Mehrfamilienhäusern in angemessener Weise berücksichtigt werde.

Beschlüsse:

I. Aufstellungsbeschluss

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz der Stadt Rheine beschließt gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) den Bebauungsplan Nr. 108, Kennwort: "Im Lied Süd – Teil C", der Stadt Rheine aufzustellen.

Der räumliche Geltungsbereich wird wie folgt begrenzt:

im Norden: durch die Südseiten der Flurstücke 419, 420, 408, 455, 456 und 459 an der Malterstraße,
im Osten: durch die Malterstraße,
im Süden: durch die Straße „Im Lau“,
im Westen: durch die Flurstücke 836, 606, 605, 604, 603, 602 und 601 an der Straße „Im Lied“.

Sämtliche Flurstücke befinden sich in der Flur 21, Gemarkung Rheine-Stadt. Der räumliche Geltungsbereich ist im Übersichtsplan bzw. Bebauungsplan geometrisch eindeutig festgelegt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

II. Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz der Stadt Rheine beschließt, dass gemäß § 3 Abs. 1 BauGB für den Bebauungsplan Nr. 108, Kennwort: "Im Lied Süd – Teil C", der Stadt Rheine eine frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit durchzuführen ist.

Die öffentliche Unterrichtung über die allgemeinen Ziele und Zwecke sowie die voraussichtlichen Auswirkungen der Planung sollen durch eine ortsübliche Bekanntmachung im Amtsblatt der Stadt Rheine mit anschließender 3-wöchiger Anhörungsgelegenheit im Fachbereich Planen und Bauen/Stadtplanung der Stadt Rheine erfolgen. Während dieser Anhörung ist allgemein Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung gegeben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

9. **Bebauungsplan Nr.359,
Kennwort: "Laugestraße", der Stadt Rheine**
I. **Aufstellungsbeschluss**
II. **Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit**
Vorlage: 336/24

Herr van Wüllen stellt die Vorlage vor. In der letzten Sitzung habe der Ausschuss das angestrebte Konzept für die Laugestraße beschlossen. Nun gehe es darum, dies auch bauleitplanerisch abzubilden und ins Verfahren einzusteigen. Die Stadtklimaanalyse werde beschlussgemäß bei neuen Planverfahren einbezogen.

Beschlüsse

I. Aufstellungsbeschluss

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz der Stadt Rheine beschließt gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) den Bebauungsplan Nr. 359, Kennwort: "Laugestraße", der Stadt Rheine im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 a BauGB aufzustellen.

Mit der Erfüllung der Voraussetzungen gemäß § 13 a Abs. 1 Sätze 4 und 5 BauGB wird von der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB, von dem Umweltbericht nach § 2 a BauGB, von der Angabe nach § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, sowie von der zusammenfassenden Erklärung nach § 10 a Abs. 1 BauGB abgesehen.

Der räumliche Geltungsbereich wird wie folgt begrenzt:

Das Grundstück wird im nordwestlichen Bereich durch die Flurstücke 39, 275 und 36 begrenzt. Die Ostseite der Laugestraße begrenzt das Areal im nordöstlichen Bereich.

Im südwestlichen Bereich wird das Grundstück durch die Flurstücke 34, 30, 29, 362 und 24 begrenzt und im südöstlichen Bereich das Grundstück 22.

Sämtliche Flurstücke befinden sich in der Flur 112, Gemarkung Rheine-Stadt. Der räumliche Geltungsbereich ist im Übersichtsplan bzw. Bebauungsplan geometrisch eindeutig festgelegt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

II. Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz der Stadt Rheine beschließt, dass gemäß § 3 Abs. 1 BauGB i. V. m. (§ 13 b Satz 1 BauGB und) § 13 a Abs. 2 Nr. 1 BauGB für den Bebauungsplan Nr. 359, Kennwort: "Laugestraße", der Stadt Rheine eine frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit durchzuführen ist.

Die öffentliche Unterrichtung über die allgemeinen Ziele und Zwecke sowie die voraussichtlichen Auswirkungen der Planung soll durch eine ortsübliche Bekanntmachung im Amtsblatt der Stadt Rheine mit anschließender 3-wöchiger Anhörungsgelegenheit im Fachbereich Planen und Bauen/Stadtplanung der Stadt Rheine erfolgen. Während dieser Anhörung ist allgemein Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung gegeben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

10. Anfragen und Anregungen

Es liegen keine Anfragen oder Anregungen vor.

Ende der Sitzung: 18:04 Uhr

Andree Hachmann
Ausschussvorsitzender

Pablo Vaßholz
Schriftführer